

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (frei Haus 2 RM, halbm. 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 239 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 239 / Druckanstalt: „Arbeiterstimme“ Dresden / Streckstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile einschließlich an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 239 / Druckanstalt: „Arbeiterstimme“ Dresden / Streckstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Montag, den 24. Januar 1927

Nummer 19

Gegen den Bürgerblock!

Gemeinsamer Kampf für die Forderungen der Werktätigen!

Bankkapitalisten, Industriearbeiter und Junker schiden sich an, mit Hilfe der Regierung des Bürgerblocks die Nationalisierungspläne gegen die Arbeiterklasse zu verwickeln und die politische Reaktion zu vollenden. Der Reichspräsident Hindenburg hat die Führung bei der Bildung des Reichsbürgerblocks übernommen. Der Reichsbannerführer Dr. Winterhagen, der einstige Gegenkandidat des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen Hindenburg, ist dabei das Werkzeug Hindenburgs und der monarchistischen Reaktionspartei.

Burg, hat selbst den Kampf gegen Hindenburgs Bürgerblock sofort mit aller Schärfe aufgenommen. Die Gewerkschaften schweigen. Kein Wort mehr, selbst von den minimalen Forderungen, die sie noch gegenüber Curtius aufstellten. Dabei ist nichts dringlicher als der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse im Kampf gegen die soziale und politische Reaktion.

Nach dem „Umfall“ des Zentrums

Nach der Veröffentlichung des „Manifests“ der Zentrumspartei ist die Bildung einer Bürgerblock-Regierung Hindenburgs Richtung nur noch eine Frage von verhältnismäßig unbedeutenden Verhandlungen zwischen den Fraktionen des neuen Bürgerblocks.

Das Zentrum sucht seine Zustimmung zum Bürgerblock durch ein Programm zu verschleiern, daß in allen entscheidenden Punkten den Forderungen Hindenburgs entgegenkommt.

Die Kommunistische Partei fordert in dieser Situation alle Werktätigen auf, das Zustandekommen des Hindenburgischen Bürgerblocks mit allen Mitteln zu verhindern. Freigewerkschaftliche, Christ-Dankersche und Zentrumsarbeiter müssen mit aller Kraft für eine Regierung kämpfen, die folgende Forderungen verwirklicht:

Damit wird nicht nur die Regierungskrise vorläufig gelöst, sondern auch die politische Linie der Bourgeoisie in Deutschland, für eine ganze Periode festgelegt. Die Nationalisierung der Trustkapitalisten in ihrer neuen Etappe soll durchgeführt werden mit einer Regierung, die innerpolitisch bereit ist, auch nicht die geringsten Konzessionen an die Arbeiterklasse zu machen, die dagegen, durch nichts gehindert, bereit ist, den militärischen Apparat der Dawes-Republik in entscheidenden Augenblicken rücksichtslos einzusetzen, wenn im Verlauf der Krise die Linksbewegung der Arbeiterklasse zu gefährlichen Situationen führen sollte.

Die Bildung der Bürgerblock-Regierung beendet das vorangegangene Manöver der „Silverberg“-Pläne. Daß die deutsche Bourgeoisie das Manöver jetzt schon beenden kann und auch die Scheinkonzessionen zurückzieht, die nach dem Silverberg-Plan angeknüpft waren, ist ausschließlich das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsführer. Ihre Politik der Selbsterniedrigung und des Willens zur Ohnmacht hat dazu geführt, daß schon während dieser Regierungskrise auch die parlamentarische Initiative vollständig auf diejenige Partei der Bourgeoisie übergegangen war, die nach der Sozialdemokratie den stärksten Einfluß in den Arbeiterkreisen besitzt: auf die Zentrumspartei. Die große Rolle, die das Zentrum besonders in dieser Regierungskrise gespielt hat, ist nicht erstärkt aus den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen, sie ist nur ersichtlich aus der Tatsache, daß die Trustbourgeoisie, die sich entschlossen hat, Hindenburg-Politik zu machen und jedes Scheinmanöver der Arbeitgemeinschaft mit der Sozialdemokratie fallen läßt. Sie braucht das Zentrum für ihren Plan der nächsten Etappen der Nationalisierung, so weit als möglich noch gefällig auf die gelben Arbeiterorganisationen, und will so die Politik der Niederschlagung der deutschen Proletarier fortführen. einen Seite, mit den gelben Arbeitern auf der andern Seite, das ist der Plan der Nationalisierungsbourgeoisie, und es bezeichnet die Schwächung der Bourgeoisie und den sinkenden Einfluß der reformistischen Führung der Arbeiterklasse, daß der Gegenkandidat Hindenburgs, der Zentrumsmann Marx, den Auftrag von diesem Hindenburg erhält, die neue Bürgerblock-Regierung zu bilden.

Hindenburg will die konterrevolutionäre Reichswehr stärken und ihren Geßler retten. Das Zentrum ist damit einverstanden.

- 1. Der Achtstundentag ohne jede Ausnahme und die Siebenstundenschicht für Berg- und Schmarbeiter.
- 2. Höhere Löhne und Beseitigung jedes Lohnbruchs.
- 3. Ausbau der Erwerbslosenfürsorge, insbesondere durch Erhöhung der Unterstützung um 40 Prozent.
- 4. Ablehnung jeder Mieterhöhung und für planmäßigen Wohnungsbau.
- 5. Beseitigung der Monopolen in der Reichswehr und sofortige Entierung des Geßlers.
- 6. Gegen Stresemanns imperialistische Kriegspolitik und für ein Bündnis mit der Sowjetunion.
- 7. Sofortige Auflösung des Reichstages und Neuwahlen.

Hindenburg will eine Sozialpolitik nach den Wünschen der Unternehmer. Das Zentrum ist damit einverstanden. Hindenburg will die Aufrechterhaltung der weit über acht Stunden hinausgehenden Arbeitszeit. Das Zentrum ist damit einverstanden. Hindenburg will die Erweiterung — Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Die Arbeiter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, der Demokraten und des Zentrums müssen für diese Forderungen kämpfen, die von allen Werktätigen in Stadt und Land geteilt werden. Die Werktätigen müssen auf erbitterteste jede Regierung belämpfen, die sich nicht zu diesen Forderungen bekennt. Die Kommunistische Partei weiß, daß nur eine Regierung, die sich aus den Vertretern der Werktätigen zusammensetzt, daß nur eine Arbeiter- und Bauernregierung diese Forderungen verwirklichen wird.

Hindenburg will neue Zollerhöhungen und Steuererleichterungen für die Bourgeoisie. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Die Kommunistische Partei ruft alle Werktätigen auf zum Kampfe unter den Losungen:
Nieder mit dem Hindenburgischen Bürgerblock!
Auflösung des Reichstages und Neuwahlen!
Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!

Hindenburg will die Verpfändung der Schule und die Unterdrückung jeder freiheitlichen Bewegung. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will die Verschlechterung des Wahlrechts. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will eine aktive imperialistische Politik und steigert dadurch die Kriegsgefahr. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Hindenburg will die politische Ausschaltung und wirtschaftliche Vernichtung des Kleinbürgertums. Das Zentrum ist damit einverstanden.

Die sozialdemokratischen Führer haben sich monatlang an dem Ruhhandel um die Regierungsbildung beteiligt und nach ihrem eigenen Geständnis sich bis zur Selbstauflösung mit einer bürgerlichen Regierung einverstanden erklärt. Sie haben dadurch die Bildung des Reichsbürgerblocks ermöglicht, statt die Massen zum Kampfe gegen die drohende Gefahr zu mobilisieren. Die Sozialdemokratie versteckt sich jetzt hinter dem Zentrum und erwartet von ihm, natürlich vergeblich, den Kampf gegen Hindenburg.

Mobilmachung in England Englische Truppentransporte nach China

London, 23. Januar. (Telunion.)

Nach einer heute veröffentlichten Bekanntmachung des englischen Kriegsministeriums haben sich die Reservisten der Gruppe A, das heißt diejenigen Reservisten, die erst im Laufe der letzten beiden Jahre aus dem Heeresdienst ausgeschieden sind, für ihre Abberufung nach China bereitzustellen. Die Reservisten der Gruppe A sollen die bereits in Bereitschaft versetzten vier Bataillone auf Kriegsstärke bringen. Wie es heißt, soll auch ein indisches Bataillon nach China abtransportiert werden.

Sendungen je nach Bedarf nach China abgeht. Des weiteren verläuft ein nachgehender Befehl, daß neben den englischen Truppen eine indische Brigade nach China abgehen wird und bereits entsprechenden Befehl erhalten hat. Die aus Bombay vorliegenden Meldungen betragen, daß darüber dort am Donnerstag und Freitag schon Berichte im Umlauf waren, daß jedoch weder ein offizielles Dementi noch eine Bestätigung dieser Nachricht gegeben wurde. Aus Sialot werden bereits die Namen der für die Entsendung nach Indien in Frage kommenden Regimenter berichtet.

London, 23. Januar. (Telunion.)

Das englische Kriegsministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Die Bataillone Infanterie haben Befehl erhalten, sich für den Abtransport von England nach China bereitzustellen. Diese vier Bataillone werden soldarmäßig für Nationalisierungspläne ausgerüstet und durch Reservisten der Gruppe A verstärkt werden. Die Reservisten der Gruppe A umfassen die Leute, die sich beim Abgang vom Militär verpflichteten, während der nächsten zwei Jahre ihres Reservistenendienstes zu den Fahnen zurückzukehren, sobald es die Umstände erforderlich machen, was nicht notwendigerweise eine allgemeine Mobilisation bedeutet. Diese Reservisten werden individuell aufgerufen und, solange sie keinen Befehl erhalten haben, braucht kein anderer Reservist einzutreten. Reservisten der Sektion B und D werden nicht aufgerufen.“ Aus dem offiziellen Communiqué ist nicht klar ersichtlich, daß praktisch die gesamten Reservisten der Gruppe A aufgerufen worden sind. Es handelt sich dabei um insgesamt 5000 Mann. Von diesen 5000 Mann wird jedoch im Augenblick nur ein Teil für den Abtransport nach China bereitgehalten, während der Rest mit späteren Truppen-

Schiedspruch in der jüdischen Textilindustrie

Zu den Arbeitszeitstreitigkeiten in der jüdischen Textilindustrie ist vom jüdischen Landesrichter, Oberregierungsrat Brand, jetzt ein Schiedspruch ergangen, in dem es u. a. heißt: „Die Grundlagen der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit sind zur Erzielung von Produktionserhöhungen und Produktivitätsverbesserung verpflichtet, an den Tagen von Montag bis einschließlich Freitag täglich eine Stunde Mehrarbeit mit einem Zuschlag von 3 Prozent auf den Grundlohn zu leisten. Für Nachtarbeit im Schichtwechsel ist ein Zuschlag von 15 Prozent zu gewähren. Der Schiedspruch tritt vom 1. Februar 1927 ab in Kraft und ist erstmalig mit vierwöchiger Frist am 31. Juli 1927 kündbar. Die Parteien haben sich bis zum 27. Januar, abends 6 Uhr, über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.“

Der Schiedspruch beläßt die Arbeitszeit unverändert, nur soll die neunten Stunde, die bisher zehnte war, mit 3 Prozent bezahlt werden. Die Textilarbeiter werden sich um die 3 Prozent nicht verkaufen, sondern werden auf den Kampf um den durchschnittlichen Achtstundentag bestehen.

In allen entscheidenden Fragen ist das Programm des Bürgerblocks zusammengefaßt in dem Zentrumsmanifest, das Programm der bürgerlichen Reaktion. Nach dem die Hindenburg Clique durch ihre Umstellung auf die Stresemannsche Außenpolitik, wie sie in der Neujahrserklärung Hindenburgs zum Ausdruck kam, ihre Reifeprüfung abgeben hat, hat die deutsche Volkspartei ihr Ziel erreicht, mit der größten Energie den Bürgerblock mit der Bewilligung aller Forderungen der reaktionären Rechte organisiert. Es ist richtig, daß die Erklärung der Zentrumspartei dabei eine gewisse Schwächung vollziehen mußte. Aber es bleibt den reformistischen Verrätern und einigen linksdemokratischen Enclaves überlassen, darin einen „Umfall“ des Zentrums zu sehen. Die Zentrumspartei hat im Gegenteil mit dieser Schwächung ein doppeltes Parteigefühl gemacht. Sie hat sowohl eine unverhältnismäßig starke Position im neuen Bürgerblock und in der Regierung selbst erreicht, sie hat zweitens, darüber kann kein Zweifel bestehen, für ihre kritischen Intellektuellen besondere Konzessionen herausgeschlagen. Die „Umfall“ vom bevorstehenden Abschluß des Konkordats der evangelischen Reaktion um Hindenburg mit den päpstlichen Kreisen in der Zentrumspartei. (Siehe Lokalanzeiger vom 22. Januar.) Es ist keine Enttäuschung, sondern ein ausgewachsenes fettes Geflügel, das den Zentrumsleuten in den gierigen Rachen fliegt. Es liegt schon jetzt fest, daß in der Winterliste ein „katholischer Deutschland“ die für den Abschluß des Konkordats wertvolle Position einnehmen soll und der Nachfolger des Herrn Kühl wird vor allem anderen die Aufgabe haben, den Gottesfrieden der deutschen Republik mehr als ein Jahrhundert nach der Kapitulation der französischen Republik im napoleonischen Konkordat mit dem päpstlichen Stuhl zu schließen.

Wie groß das Entgegenkommen des Bürgerblocks an die „christlichen“ Bedürfnisse des Zentrums ist, das zeigt das Manifest, in dem in blühenden Phrasen von der „stillen Erneuerung unseres Volkstums aus dem christlichen Glauben, von der stillen Entwicklung unseres Volkes und insbesondere der Erziehung unserer Jugend“ gerade kein Mangel ist. Praktisch wird es bedeuten, ungehinderter Einfluß der Kirche und der Reaktion bei den bevorstehenden Versuchen, Schul- und Kulturgesetze zur Anebelung selbst des bürgerlichen Fortschritts durchzuführen.

Dieser Einigung der kulturellen Reaktion entspricht die Einigung der politischen Reaktion. Im Zentrumsmanifest nimmt dabei die Reichswehrfrage eine besondere Rolle ein. Das Zentrum weitläufig in dem vom Reichsbannerpräsidenten (!) Joseph Wirth mitverfaßten Manifest an patriotischen Wahlen mit den besten Hindenburgleuten. Das „christliche Zentrum“ ist wieder einmal drauf und dran, das Geschick der Einigung der imperialistischen Kriegshetze zu befragen. Die Stellung zur Reichswehr bedeutet gleichzeitig eine Festlegung auf imperialistische Außenpolitik, auf die Eingliederung in die Churchill-Front ebenfalls wie die Eingliederung in die Front der Bürgerkriegsarmee nach innen. Und alles dies noch einmal gesagt, mit dem Segen des Führers der Republikanischen Union, des schwarzrotgehabten Freundes der Sozialdemokratie, des Herrn Joseph Wirth.

Die einzige Genossenschaft, die das Zentrum für seine Arbeiterwähler für nötig hielt, war die Aufnahme von einigen Re-

denartigen Weimarer Forderung in das Manifest. Es ist völlig unweilich, daß die Reformisten auf der einen Seite daran ihre letzten Hoffnungen klammern, und der politische Kugel auf der andern Seite daran noch einen schwachen Anstoß nimmt.

Die völlige Einmütigkeit aller Richtungen des Bürgerblods, die Einmütigkeit einer Art von Sozialpolitik nach dem Muster des vorkriegsrevolutionären Deutschland, die Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen und gewissen Kleinbürgerkreisen zu treiben, drückt sich in den sozialpolitischen Forderungen des Zentralmanifestes aus. Unter der Forderung von der „Entlastung der wirtschaftlich Schwachen“ wird einiges Gerede über Arbeiterversicherung und dergleichen verpackt, um auf der andern Seite schon heute ein so deutlicher als einziges Ziel die Herstellung des bedingungslosen Klassenfriedens („das Zentrum ergreift hier die Gelegenheit, um in der Geistesgebung sowohl, wie auf allen andern Gebieten der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit die beiderseitige Achtung und den Willen zur gegenseitigen Rücksichtnahme zu fördern“) zu betreiben.

Es ist einleuchtend, daß mit diesem Programm der „Partei der Sozialreform“ der schlimmste Schwärmerflügel der deutschen Volkspartei und die deutschnationalen Unternehmer und Junker ohne Notwendigkeit einverstanden sein können — und sind.

Dies zeigt die Aufnahme des Manifestes. Die Presse der Deutschen Volkspartei erklärt, daß auf der Grundlage des Manifestes die Bürgerblockregierung gebildet werden kann. Die deutschnationalen erklären, daß die Ausdehnung des Zentrums „triviale Formeln enthält, über die andere zur Koalitionsbildung in Aussicht genommene Parteien peinlich zu befragen wären“. Es sei gänzlich einwandfrei und durchaus zu verstehen, daß das Zentrum von dem Rechte Gebrauch gemacht habe, seiner Unabhängigkeit gegenüber seinen Standpunkt zu entwickeln. (Wahlfestsetzung.)

Die Kreuzzeitung stellt mit Befriedigung fest, daß nach schmerzlichen Kämpfen in der Zentrumstraktion die politische Bedeutung des Programms darin beruhe, daß damit endlich die Ermöglichung der Initiative des Herrn Reichspräsidenten überwinden und der Weg zur Bildung der von Hindenburg als ersten noch möglich angelegenen Regierung auf parlamentarischer Grundlage wirklich frei sei.

Kur bei den Demokraten wird da und dort eine gewisse impetive Entrüstung über den Handstreich der Bürgerblockleute laut und nur die Sozialdemokratie — hofft immer noch auf neue Rettungsmittel für das gesunkene Volkswohl. Neuer Monat, den das Zentrum festsetzen veröffentlichen hat, ist ein Anfang, er bietet noch keine Entscheidung in sich, er läßt wenigstens noch keine erkennen. Alles hängt davon ab, in welchem Geiste und mit welcher höheren Zielsetzung das Zentrum die Verhandlungen führen will. (Vorwärts, 22. Januar.) . . . !!

Zu einer Zeit, in der in Deutschland, wie der Volksentscheid, wie die jährlichen Wahlen, wie der Kongress der Vertikalen, wie die wachsende Entschärfung der Arbeiterklasse und eines Teiles der Mittelschichten beweisen, infolge der Verbreitung der Arbeit die Illusionen über die Nationalisierung soweit geschwunden sind, daß die alte Hindenburg-Wehrheit, mindestens die Hindenburg-Wehrheit der Wahlen von 1925 geschwunden ist, wo längst eine neue, dem Bürgerblock feindliche Mehrheit, entstanden und in keinem Wachen ist, hat die schamlose Kapitalisation der deutschen Sozialdemokratie noch einmal die Bildung einer Bürgerblockregierung ermöglicht. Die Lage der Arbeiterklasse wird dadurch untragbar verschlechtert, ihr Befreiungskampf erwidert. Die Partei des Proletariats hat heute mehr als je die Aufgabe, außerparlamentarisch die Klassenkraft zu organisieren, die die Bürgerblockfäden, und ihre sozialdemokratischen Fäden, hinwegzuweisen wird. Die kommunistische Partei wird die Front der Betätigten gegen den Bürgerblock organisieren, sie wird den Kampf gegen die kommende verhängnisvolle Nationalisierungsperiode organisieren, durch die Sammlung der Massen, der Arbeiter, für höhere Löhne und Achtstundentag, für ein Erwerbslojenprogramm, für die Forderungen der proletarischen Mieter in erster Linie. Sie wird den Kampf aufnehmen gegen die drohende Kriegsfahrt und als einzigen Ausweg die Ermäßigung einer Arbeiter- und Bauernregierung den Massen zeigen. Sie haben sich dem Bürgerblock entgegenzusetzen die Lösung: Auflösung dieses Reichstags und Sturz seiner Hindenburg-Marg-Regierung.

Landesparteiarbeiter-Konferenz der Kommunistischen Partei Sachsen

Am Sonntag, den 23. d. Mts. tagte im Sächsischen Landtag eine vom Landesvorstand der KPD einberufene Konferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter der KPD. Zweck und Aufgabe der Konferenz waren, eine konkrete und energische Kampfplattform gegen die Bestrebungen der Reaktion und die Bürgerblockregierung herzustellen.

In einem ausführlichen Referat zeigte Genosse Dangel als Vertreter der Reichszentrale, wie die imperialistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie diese zu immer härterem Vorgehen gegen die deutsche Arbeiterklasse veranlassen. Will die deutsche Bourgeoisie ihre imperialistischen Pläne durchzuführen, so muß sie die härtesten Unterdrückungsmaßnahmen und eine ständige Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter durchführen. Die Bestrebungen der Bürgerblock-Regierungen des Reichs, die Kommunistische Partei muß gegen diesen Vorkrieg der Reaktion den härtesten Kampf aufnehmen und denselben konsequent durchführen, daß sie gegen jede Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter ankämpft und die Massen zu diesem Kampf mobilisiert.

In einem zweiten Referat zeigte der Genosse Böttcher die besondere Lage in Sachsen. Er schilderte den Kampf der Bildung der neuen Heide-Regierung und erläuterte an Hand eines reichhaltigen statistischen Materials über die Zusammenziehung der Bevölkerung in Sachsen die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiter, unsere Aufgaben. Die Diskussion zeigte die vollständige Ueber einstimmung sämtlicher anwesenden Vertreter mit der in Sachsen eingeschlagenen Politik. Sie betonte, daß die Partei durch die eingeschlagene Taktik an Einfluß gewinnt. Die Partei entfaltet in den Arbeiterorganisationen und unter den wertvollen Mittelschichten und kleinen Bauern schon eine intensive Tätigkeit, die jedoch weiter gesteigert und zusammengefaßt werden muß. Die anwesenden Parteiarbeiter gaben dem ersten Vortrage zur Entscheidung und intensiveren Arbeit Ausdruck. Die verschiedenen bemerkenswerten Vorschläge der einzelnen Delegierten werden für den weiteren Ausbau der Parteiarbeit und für ihren Fortschritt insbesondere gegen die opportunistischen sozialdemokratischen Führer zusammengefaßt und ausgearbeitet werden. Die Parteiarbeiterkonferenz nahm als Zeichen der Absicht eines einheitlichen weiterführenden Kampfes folgende Erklärung einstimmig an:

Erklärung der Landesparteiarbeiterkonferenz zur Politik und Lage in Sachsen.

Zur Verwirklichung ihrer imperialistischen Pläne führt die deutsche Großbourgeoisie einen täglich frecheren Kampf zur Niederringung der arbeitenden Schichten. Die Bürgerblock-Regierung soll die härtesten Mittel der Ausbeuterklasse gegen die Arbeiterklasse zur Anwendung bringen.

In Sachsen hat die Heide-Regierung in ihrer Regierungserklärung die Fortführung des alten reaktionären Kurzes angekündigt. Was unter der Heide-Regierung in Sachsen begonnen wurde, soll jetzt mit dem Bürgerblock vollendet werden. Die Bürgerblockparteien glauben sich ihrer Sache so sicher, daß sie sogar auf die Verhüllung ihrer verbrecherischen Pläne verzichtet haben. Die Hausbesitzerklassen in der Wirtschaftspartei fordern die sofortige Heranziehung der Miete auf 130 Prozent der Mietensumme. Das ist der erste Schlag, der gegen die ausgebeuteten Massen geführt werden soll. Bis zur völligen Aufhebung der Wohnungsnotstandsverordnung soll zunächst die Freigabe der gewerblichen Räume durchgesetzt werden.

Der Bürgerblock in Sachsen ist kein einheitliches Gebilde. In ihm sind die verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Differenzen und Widersprüche zusammengelockert. Um sich ihre kleinbürgerliche Selbsterhaltung zu erhalten, muß die Großbourgeoisie innerhalb des Bürgerblods eine Viebesgabenpolitik an die verschiedenen Wirtschaftsgruppen durchführen. Diese Viebesgabenpolitik kann nur auf Kosten der arbeitenden Massen anrecht erhalten werden.

Die Heide-Regierung hat sich auf Geheiß und Verberb an die Deutschenationalen verkauft. Die Regierung hat sich verpflichtet, bis zum 1. Juli zurückzutreten, wenn bis dahin die Forderungen der Deutschenationalen nicht erfüllt und diese nicht in die Regierung aufgenommen sind.

Nach mehr als bisher wird sich der monarchistische Einfluß in der Justiz, Polizei und Verwaltung durchsetzen. Das bedeutet praktisch: Generalsoldat für Stahlhelm, Jungdo, Weimolf im Kampfe gegen die Arbeiter und weitere Enttötung der Arbeiterklasse.

Die Landesparteiarbeiterkonferenz verweist dabei auf die besonders katastrophale Lage der arbeitenden Jugend in Sachsen die durch die Nationalisierung noch weiter verschlechtert wird. Die Heide-Regierung, wie die neue Bürgerblock-Regierung vollführt als Beauftragte der Bourgeoisie nun die härteste Unterdrückung gegen die arbeitende Jugend und wird ständig gegen die Forderungen des Jugendproletariats stehen.

Die KPD ist die einzige Partei, die grundsätzlich und energisch, parlamentarisch und außerparlamentarisch den Kampf gegen den Bürgerblock führt.

Die Landesparteiarbeiterkonferenz hält die Linie, die in der Sachsenpolitik eingeschlagen wurde, für richtig und bringt zum Ausdruck, daß das Einhalten dieser Linie die sicherste Gewähr für das Anwachsen des Einflusses der Partei darstellt. Nur unter der Führung der Kommunistischen Partei kann die Arbeiterklasse den Bürgerblock fürzen und die Große Koalition verhindern. Um den Sturz des Bürgerblods zu erreichen, muß die KPD die sozialdemokratischen Arbeiter, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von den reformistischen Führern trennen und die wertvollen Mittelschichten und arbeitenden Beamten sowie die Kleinbauern als Verbündete gewinnen. Die KPD muß im Kampf gegen den Bürgerblock die proletarische Einheitsfront aufrechten. Sie muß Führerin in diesem Kampfe sein.

Die Abhängigkeit des Bürgerblods von Kleinbürgerlichen Schwankungen können bei schnell wachsender Massenbewegung die Heide-Bürgerblockregierung rasch fürzen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand will, wie im Reich, auch in Sachsen mit allen Kräften den Kurs auf die Große Koalition einstellen. Eine Reihe sächsischer SPD-Führer in schon heute offen bereit, diese Politik mitzumachen, während die übrigen nur deshalb nicht mit dieser Auffassung hervortreten, weil sie wissen, daß innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiter- und Widerstand gegen die Koalitionspolitik zu stark ist.

Der ADGB ist in Sachsen stiller Teilnehmer des Bürgerblods. Ein führendes Mitglied des ADGB hat als Arbeitsminister in der Bürgerblockregierung. Der Bezirksleiter Birch vom Eisenbahnerverband gehört zur Bürgerblockfraktion der USPD. Die sächsische Gewerkschaftsleitung unterstützt den Bürgerblock. Lange Zeit standen die Kommunisten im Kampf um die Befreiung der USPD aus den führenden Gewerkschaftspositionen allein. Jetzt erkennen auch die sozialdemokratischen Arbeiter immer mehr ihre Pflicht, die offenen und verdeckten USPD-Anhänger aus den Führerpositionen zu entfernen. Es gilt, diesen Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen und rücksichtslos bis zu Ende zu führen.

Die Landesparteiarbeiterkonferenz fordert die Mitglieder der KPD auf, in Sachsen alle Kräfte einzusetzen und bis auf den letzten Mann dem Kurs der Partei zu folgen. Es gilt, der herrschenden Klasse zu zeigen, daß die kommunistische Partei eine Macht ist! In allen Organisationen der Arbeiterschaft, in allen Gewerkschaften und Betrieben müssen die Massen auf die drohende Gefahr hingewiesen und zum einheitlichen Kampfe gesammelt werden!

Dresden, am 23. Januar 1927.

Landesparteiarbeiterkonferenz der KPD Sachsen

Marg verhandelt mit der SPD

Berlin, 21. Januar.

Wie die Montagspost wissen will, beschäftigt Dr. Marg am heutigen Montag am Grund des Beschlusses der demokratischen Parteivorstandes, der den Inhalt des Zentrumsmantifestes als Mindestprogramm bezeichnet, das von allen Regierungsparteien angenommen werden müsse, nicht nur mit den Demokraten, sondern auch mit den Sozialdemokraten zu verhandeln.

284612 Erwerbslose in Berlin

Berlin, 22. Januar. (Telefon.)

In der vergangenen Woche waren 284 612 Personen bei den Berliner Arbeitsnachweilen eingetragen, gegen 281 310 der Vorwoche. Darunter befanden sich 186 271 männliche und 98 341 weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 124 141 männliche und 62 188 weibliche, insgesamt 186 329 Personen. Außerdem wurden noch 35 744 Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 17 600 Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 7012 Personen beschäftigt.

Raubritter Kähne

(Berlin, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern nachmittags 3.30 Uhr ereignete sich hinter dem Dorfe Mittelbush bei Herz in Walde des Herrn von Kähne ein brutaler Überfall auf Mitglieder der Karlsruferunde und zufällig anwesende Zivilpersonen. Kähne junior erschien in Begleitung seines Schwagers namens Hellmuth, einem Unteroffizier vom Reichswehrregiment 9 Potsdam und seinem Freund, einem gewissen Müller. Alle drei waren bewaffnet. Einem Jungen schlugen sie die Wade mit einem Stock braun und blau. Einem Mann schlugen sie darauf auf den Schädel, daß ihm das Blut über das Gesicht floß. Einem anderen Jungen schlugen sie ein Loch in den Kopf. Auf die Fragen, warum sie in so bestialischer Weise hier vorgingen, antwortete Kähne junior, das ginge niemand etwas an, man solle auf sein Gut kommen, dort werde man „alles Weitere“ erfahren.

Düsterberg gegen Maßraum

Der Jungdeutsche Orden hat vor einiger Zeit eine Anordnung erlassen, wonach die Mitglieder und Bezieher des Jungdo nicht mehr mit solchen des Stahlhelms zusammenkommen sollen. Begründet wurde diese Anordnung damit, daß der zweite Führer des Stahlhelms Düsterberg gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Maßraum wegen seiner französischen Orientierung scharfe Angriffe richtete. In der Nummer 4 des Stahlhelms antwortet Düsterberg mit einem Bundesbefehl, dessen Schluß lautet:

„Ich ordne hiermit als stellvertretender Stahlhelm-Bundesführer für den gesamten Stahlhelm an, daß jeder Verkehr mit den Einheiten des Jungdeutschen Ordens eingestellt wird, bis der Bundesvorstand des Stahlhelms am 3. und 6. Februar in der Angelegenheit Maßraum endgültig entschieden hat.“

Auf der Bundesvorstandssitzung werden wahrscheinlich die Gegensätze scharf aufeinanderbespielen. Ein großer Teil der Ortsgruppen des Stahlhelms macht die Maßraumische Orientierung mit, ein anderer Teil hat sich noch nicht daran gewöhnt, daß der Stahlhelm als Kettenhund der Bourgeoisie selbstverpflichteter Politik mitzumachen hat.

15 Hinrichtungen an einem Tage. Am 11. Februar werden in Chicago 15 Personen wegen Mordes hingerichtet. Es ist die bisher größte Zahl von Personen, die an einem Tage aufgehängt werden.

Auslandswochenchau

Zwei bedeutsame Reisen — Löbe und Churchill — Die Festung Königsberg — Englands Kriegsvorbereitungen gegen China — Neue Erfolge des Präsidenten Calles

A. R. Die Reise des Reichstagspräsidenten Löbe nach Polen ist ohne Zweifel ein außenpolitisches Ereignis ersten Ranges. In den letzten Monaten hatte sich das deutsch-polnische Verhältnis wieder außerordentlich verschlechtert. Der Jostkrieg zwischen beiden Staaten dauert fort. In Oberösterreich häuften sich die Zwischenfälle. Der polnische Außenminister hält eine deutsch-feindliche Rede nach der anderen. Die polnisch-deutsche Verständigung, die im letzten September in Genf eingeleitet worden war, hat sich wieder zerfallen. Der Grund ist ganz offensichtlich. Damit sich Deutschland mit Polen verbündet, muß es den „Korridor“ zurückhalten. Ein solches Zugeständnis kann aber nur eine sehr starke polnische Regierung dem Nationalismus abzwängen. Die Pilsudski-Regierung ist aber — trotz ihrer stolzen Gesinnung nicht stark. Sie ist von jeder nationalpolitischen Stimmung abhängig und traut sich nicht, an Deutschland irgend welche Zugeständnisse zu machen. Die deutsch-polnische Verständigung ist aber ein dringender Wunsch Englands und der 2. Internationale. Um jeden Preis soll Pilsudski den Rücken freibekommen, damit er ungehindert gegen Sowjetrußland vorgehen kann. Als alle anderen Mittel nichts nützen, landete man Herrn Löbe als Friedensboten aus. Löbe hatte in Lodz und Warschau einen demonstrativen guten Empfang. Er suchte in erster Linie Verbindung mit der SPD, die immer noch Pilsudski nahe steht. Löbe proklamierte selbstverständlich im Einvernehmen mit Stresemann die deutsch-polnische Verständigung über die Korridorfrage. Welches praktische Ergebnis die Reise Löbes nach Polen haben wird, bleibt abzuwarten. Wir Kommunisten sind für brüderliche Verständigung und Solidarität mit dem polnischen werktätigen Volk, aber wir sind gegen ein Abkommen zwischen Hindenburg und Pilsudski, das die Einleitung zu einer Intervention gegen Rußland bedeuten soll. Welcher Geist die in Polen herrschenden Schichten erfüllt, zeigt erneut die wüende Zerföhrung der westrussischen Bauernbevölkerung, die das Unglück hat, zum polnischen Staat zu gehören.

Die Liquidation der Militärkontrollen der Entente über Deutschland ist noch nicht abgeschlossen. Es finden darüber in Paris und Berlin Verhandlungen statt. Erittiva ist erstens, wie weit es Deutschland erlaubt sein soll, Kriegsmaterial auszuführen. Zweitens — mit dem Begriff „Kriegsmaterial“ möglichst weit fassen. Dadurch soll der deutsche Export im Interesse des englischen Kontinenten geschädigt werden. Die zweite Streitfrage bezieht sich auf die Festung Königsberg. Polen bietet in Paris und London alles auf, damit es Deutschland unterliegt wird, keine Ostfestungen modern auszubauen. Köme in nächster Zeit doch noch die Verständigung zwischen Deutschland und Polen zustande, so wäre damit auch die Frage Königsberg gegenstandslos.

Zur selben Zeit, in der Löbe in Warschau weilte, fuhr der englische Finanzminister Churchill nach Rom. Churchill ist der wildeste Antikommunist und Abenteuerer des englischen Kabinetts. Churchill hat in Rom die Aufgabe, Rußland zum Anhängen an die Projekte der britischen Regierung zu bringen. England propagiert zurzeit die Bildung eines Verbundes: England — Frankreich — Italien — Deutschland gegen Sowjetrußland. Dabei ist noch der Hintergedanke, daß innerhalb des Verbundes

England zusammen mit Deutschland und Italien nach Kräfte Frankreich niederhält. Der Ausbau der Locarnoverträge zu einem solchen Vierbund würde die schwersten Gefahren für das deutsche Proletariat mit sich bringen. Deutschland könnte dadurch in alle möglichen Abenteuer auf Befehl des Herrn Chamberlain hineingeraten.

Nach englischen Meldungen aus China soll der Weingardist Sun einen Erfolg südlich von Schanghai errungen haben. Sun soll die Kantontuppen aus der Provinz Tschiang verdrängt haben. Ob die Nachricht zutrifft, läßt sich von hier aus nicht feststellen. Aber selbst wenn Sun einen solchen lokalen Erfolg errungen hätte, so würde dies für die chinesische Gesamtsituation keine Bedeutung haben. Die Engländer setzen inzwischen die Rüstungen fort, um Schanghai gegen jeden militärischen Angriff zu verteidigen. Ein Kreuzergeschwader ist von Wafu nach China abgefahren, und in den südensinghischen Häfen werden Marinefeldpaten zur Fahrt nach Nahaen eingeschifft. Das alles vertritt sich sehr wenig mit den Friedensbetuerungen der Baldwin-Regierung.

Präsident Calles hat den Aufruf der Dollar-Katholiken vorläufig in Mexiko niedergeworfen. In Nitaragua hat sich im Kräfteverhältnis nichts geändert. Die militärische Intervention der Vereinigten Staaten gegen Mexiko hat noch nicht begonnen. Der Widerwille weiterer Schichten des amerikanischen Volkes gegen einen neuen Krieg nötigt die Regierung, vorläufig zu operieren. Man spricht deshalb in letzter Zeit von einer schiedsgerichtlichen Regelung des amerikanisch-mexikanischen Streits. Aber in Wirklichkeit haben die kapitalistischen „Schiedsgerichte“ noch niemals dem Frieden gedient.



Rüstet zum Au. marsch der Roten Klassenfront in Berlin



24. Januar 1927. Grabungsfeld auf Seite „Deutschland“ bei Delonik - 1918: Bolschewistischer Aufstand in Südfinnland. 1890: Reichstag beschließt „Ermittlungsamt“ des Sozialisten-Gesetzes.

Jungbo-Provokateure werden durch Polizei geschnitten!

Auf dem Zentralarbeitsnachweis kam es am Freitag vormittags zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Jungbo-Mann und einem Arbeiter, den der Jungbo-Büro als „Du Nummer Hund!“ bezeichnet hatte. Der Arbeiter forderte ihn auf, mit ihm den Arbeitsnachweis zu verlassen, damit sie sich keine gegenseitigen Beschuldigungen schulden machen müssten.

Eine Winterfeier des JSB

Am Freitag, den 23. Januar, fand eine Winterfeier des Jungsozialistischen Bundes (JSB) im Deutschen Haus, Gröbenhäuser Straße, abends 7 Uhr im Deutschen Haus, Gröbenhäuser Straße.

Folkshochschule. Abteilung: Studentische Arbeiter-Kriegs-Historie.

Die Abteilung: Studentische Arbeiter-Kriegs-Historie, der Abteilung von Frau Friedrich Meißner (Kochhaus 1) findet am Montag, den 24. Januar abends 6 bis 8 Uhr im Reichertsgymnasium, Wettinerplatz 13 statt (nicht John Hochschule).

Folkshochschule. Zum Gymnasialkursus von Karl Weiskopf (für Männer) können noch einige Teilnehmer aufgenommen werden.

Beginn: Dienstag, 25. Jan., abends 7,30 bis 9 Uhr in der 1. Vorhöl. Volkshochschule, Grüne Straße 1. Teilnahmebeitrag (für 10 Abende): 4,50 RM, Mitgliedsbeitrag 20 Jahre 1.- RM.

Neue Elternvereinsung der 29. Volkshochschule.

Montag, den 23. Januar, 7,30 Uhr im Deutschen Haus, Lichtbildvortrag: „Der Wert der neuen Arbeit“. Ref. Lehrer Mat. Um jährlichen Beitrag, besonders der Eltern, die kommende Eltern Kinder zur Schule bringen, wird gebeten.

Einrichtung der Kräfte. Selbstpflichten. Die Kräfte des hiesigen Medizinbezirks werden durch das Impfstoff aufgerufen.

Die von ihnen geführten Kräfte über die im Laufe des Jahres 1928 vorgenommene Impfung längstens bis zum 31. d. M. bei der Gesundheitsstelle des Impfstoffes, Ringstraße 19 (Neues Rathaus), Erdgeschoss, Zimmer 42, einzureichen.

Arbeitsnachweis. Die wegen Grundbesitzes gezeichnete Ludwigshausmann-Straße zwischen Tolkewitzstraße und Hauptstraße wird am 22. Januar 1927 dem Betrieb wieder übergeben.

Straßenbahnlinie 2. Vom Sonntag, den 23. Januar an verkehren die Wagen der Linie 2 wieder auf ihrem alten Fahrweg durch die Carlstraße, Hauptstraße.

Kraftpostverkehr. Auf vielseitigen Wunsch der Mühlhofs-Verwaltung wird die Kraftpost ab 26. Januar dieses Jahres bis auf weiteres jeden Mittwoch abends einen gezielten Kraftpostumlauf als Theaterbesucherfahrten versehen lassen, der 11,25 Uhr abends in Dresden, Theaterplatz, abfährt und gegen 1,15 Uhr morgens in Altenberg anfährt. Der Wagen fährt am nächsten Morgen (Donnerstag) 8 Uhr ab Altenberg zurück und ist gegen 9,45 Uhr in Dresden. - Fahrpläne und Preise sind bei allen Postämtern an der Strecke Heidenau-Altenberg, die auch Platzvorstellungen annehmen, belangig gemacht.

Kernsprach-Unterricht Dresden-Neustadt. Das neue Kernsprach-Unterricht Dresden-Neustadt wird voraussichtlich am 30. Jan. in Betrieb genommen werden können.

Dresdner Volkshöhne (S. B.)

Table listing opera and theater performances with columns for date, title, and location. Includes dates from Monday, Jan 24 to Monday, Jan 31.

Rationalisierung bei Koch & Stierzel

Die Rationalisierung des Betriebsrätigesetz wird „bestätigt“
Bezugnehmend auf den Artikel in der Arbeiterstimme vom 11. Januar 1927 wird uns vom Arbeiterrat betreffender Firma geschrieben:
Zur Koantwortung der Frage, ob mit dem Arbeiterrat über die am 1. und 2. Januar 1927 getätigte Sonntagsarbeit verhandelt wurde...

Aus Offizien

Eine Konferenz der Erwerbslosenausschüsse im Bezirk Pirna
Am Dienstag, den 23. Januar, vormittags 9,30 Uhr findet im Volkshauses, Pirna, eine Konferenz der Erwerbslosenausschüsse des Bezirks Pirna statt. An den Orten, die noch nicht über einen Ausschuss verfügen, sollen die Erwerbslosen einen Delegierten wählen...

Freizeit (Einmütige Vereinigung der Freizeiterverbände) Am 18. Januar fanden die Generalversammlungen der hiesigen Freizeiterverbände statt. In Anwesenheit von Gen. T. über die Verschmelzungskonferenz in Berlin...

Mühlhofs-Verein. Das neugewählte Gemeindevorordnetenkollegium hielt am 15. Januar seine erste Sitzung ab. Den circa 150 Zuhörern wurde gleich in dieser Sitzung Gelegenheit gegeben, das Verhältnis für die sozialen Räte, speziell der Wohnungslösen, seitens der Mehrheit des Kollegiums, vor allem der SPD-Vertreter, kennen zu lernen...

Türschau. Ein Unglücksfall ereignete sich dieser Tage auf der sogenannten Neuen Straße von Türchau nach Reichenau. Bekanntlich fährt die Lokalbahn vom ehemaligen Reichenhainischen Bergwerk auf der rechten Seite der Straße...

Rundfunk

- Montag, den 24. Januar: 3,30-4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Oberstudien-Dir. Silberbrandt: „Die neue Schule“; „Schule und Außenwelt.“ 4,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.

Dienstag, den 25. Januar:

- 4,30-5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 5,30-6 Uhr: Frauenfunk. Frä. Gemeinbeobachterin Bannetmeier: „Ernährung in den Wintermonaten.“ 6,05-6,30 Uhr: Vespereben aus den Feuerstellungen auf dem Blühermarkt.

Genosse!

Willst du der Verbreitung unserer Meinung eine feste Basis schaffen? Willst du die Arbeit unserer Funktionäre fruchtbarer gestalten? Willst du die Verpflegung, die du beim Eintritt in die Partei übernommen hast, erfüllen, so sei ein unermüdblicher Arbeiter für die Arbeiterstimme!

Arbeiter Sport

Schwimmkursus

Sald wird der Winter dem erlesenen Frühling weichen müssen. Das Baden im Freien wird wieder beginnen, viele sich nach Licht, Luft und Sonne sehnen. Menschen werden hinausziehen an die Teiche und Flüsse, um dort zu gehen, was uns die Großstadt verjagt. Für diejenigen, welche schwimmen können, eine gute Hoffnung, den ersten schönen Sonntag am Waldbach oder an anderem Wasser verbringen zu können. Für die Nichtschwimmer ein Mahnruf, rafft euch auf und erlernt das nasse Element zu beherrschen. Gerade jetzt ist es die richtige Zeit, das Schwimmen bis zur Badedauer erlernen zu können. Wandler hat sich im vorigen Jahre gelagt, nächstes Jahr muß es es können, mache es wahr! Der Verein für Volkstümlichen Wassersport hält ab 15. Februar erneut einen Schwimmkursus ab. Derselbe dauert drei Monate und kostet 7 Mark. Melde sich ein jeder, besonders jeder Sportler, welcher noch nicht schwimmen kann, an der Vereinskasse im Gönzbad Dienstags und Donnerstags abends von 7.30 bis 9 Uhr. Der Kursus ist für beide Geschlechter offen, die Teilnehmerzahl jedoch beschränkt, wer nicht Gefahr laufen will, wegen Überfüllung abgewiesen zu werden, melde sich sofort.

Turnspiele

Zu den Osterspielen gegen Wien-Favoriten möchte sich eine Klage nach Wien nötig über die Bedingungen, Anlauf und Rückfahrt. Dieses Schreiben ist am 2. Januar abgehandelt worden. Antwort ist noch nicht eingegangen, und sobald diese eingehet, erhalten alle gemeldeten Vereine ein Rundschreiben, daß sie sich über diese Spielbedingungen äußern sollen.

Der Turnspielertag für den Dresdner Bezirk findet am 22. Januar im kleinen Trianonssaal am Schützenplatz statt. Beginn 7 Uhr. Der Bundespräsident Gen. Schulte hält einen Vortrag: „Die Entstehung der Turnspiele“. Alle Vereine sollen ihrer Stärke entsprechend vertreten sein. Am Eingang erhalten alle Vereine einen gedruckten Jahresbericht.

Alle Vereine haben einen Bezirksfragebogen erhalten. Dieser ist sofort auszufüllen und mit den Fragebogen vom Bund einzusenden. Die Vereine, welche Hand- und Fußball spielen, haben einen Serien-Meldebogen erhalten. Die Runde beginnt am 13. März. Am 27. März zum Fußball und am 26. Mai zur großen Endrunde. Alle Vereine, die einzelne Mannschaften nicht spielen können, sind verpflichtet zu melden. Auch müssen alle Spielzeiten gemeldet werden, wo den Turnspielern der Platz zur Verfügung steht.

Fußballsport. Insofern technischer Schwierigkeiten können wir die Fußballergebnisse erst am Dienstag bringen.

Jahreshauptversammlung der Freien Turner Periodorf. Am Sonnabend, den 8. Januar, hielt die hiesige Freie Turner-Schaft die diesjährige Hauptversammlung im Gasthof zum Strauß ab, die von 50 Turnern und 13 Turnerinnen besucht war. Nach Gehör des Stammbuches wurde in die sehr reichhaltige Tagesordnung eingetreten. Die Jahresberichte des Schriftführers und der Turnwart legten Zeugnis ab von dem Können des Vereins, welcher am 1. Januar 52 Mitglieder, 10 Jugendturner und 13 Turnerinnen zählte. Geturnt wurde an 46 Turnabenden mit einer Gesamtbesucherzahl von 822 Turnern, die Turnerinnen-Abteilung turnte an 47 Abenden mit 123 Teilnehmer, auch wurde das Kinderturnen reger abgehalten. Die Neuwahlen ergaben zur eine Verdrückung der zu bestehenden Komitee. Als Vorsitzender wurde Karl Albert wiedergewählt, an Stelle des wegen vorgerückten Alters zurücktretenden 1. Turnwart Turngenosse Geißler, als 2. Turnwart Willi Tschiche, als Turnerinnenwart Max Seiffert gewählt. Aus dem Bericht des 1. Kassierers hat der Verein am Ende des Jahres einen Kassenbestand von 123,26 M., was als sehr gut zu bezeichnen ist. Beschlossen wurde, im März zusammen mit dem Radfahrerverein einen Winterfest abzuhalten. Nach einer regen Aussprache über Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes an alle, die ihre Kräfte angepannt haben zum Wohle der Arbeiterturnvereine, und nach einem Appell an alle um noch fernstehenden Arbeitsträger und -Schweitzer, einzutreten in unsere Reihen und mitzuhelfen an dem Gelingen des großen Werkes, mit dem Motto: „Dem Volke gilt es, während wir zu spielen schmeinen!“ die sehr gut verlaufene Versammlung.

Hauptversammlung der Turnerschaft Seiffenwerder. Der Verein hielt am 8. Januar seine Hauptversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßte 6 Punkte. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das verflissene Jahr. Der Mitgliederbestand betrug 193 Turner und 23 Turnerinnen, sowie 70 Kinder. Abgehalten wurden 4 Versammlungen, 6 Vorstandssitzungen, ein Vereinsball, eine öffentliche Aufführung, ein Sport- und Spielfest. Ferner beteiligte sich der Verein an Gruppenwettbewerben in Leutersdorf und an den Gruppenwettbewerben in Oederwitz. Unter großer Mühe und Aufopferung wurde ein Unterfunktionshaus auf dem Sportplatz errichtet. Es folgte der Bericht der Turnwart. Es wurden von den Turnern in 79 Turnabenden 1284, im Durchschnitt 15, an Sportstunden nahmen 15 teil. Weiter turnten an 47 Turnabenden 490 Turnerinnen, im Durchschnitt 11. Turnerinnengruppenstunden fanden 3 statt, Teilnehmerzahl 10. Ferner fand eine Tageswanderung nach dem Hirschberger Teichen statt. Mädchenturnabende 47, Teilnehmerzahl 1645, Durchschnitt 15, am Gruppenwettbewerb beteiligten sich 18. Abenden wurden 15 Spiele mit verschiedenen Mannschaften, Beteiligung 1026. Fußball ist erheblich zurückgegangen. Kassenbericht: Bestand vom vorigen Jahr 408,34 Mark, Einnahmen 1926: 3575,41 Mark, Ausgaben 1926: 2453,13 Mark, Kassenbestand 119,98 Mark. Die vorläufigen Re-

ken laut Rechnungsabschluss für das Unterfunktionshaus betragen 2181,26 Mark. Entlastung wird einstimmig erteilt. Jahresprogramm 1927: Bei schönem Wetter findet am 26. Januar eine Wintertour nach Ogdin, Hochwald statt. 19. Februar Ball mit Unterhaltung. Pfingsten eine einwöchige Tour nach der Sachsischen Schweiz. Meldungen müssen bis zum 10. März erfolgt sein. Zum 20-jährigen Stiftungsfest soll eine Jubiläumswanderung veranstaltet werden. Die Ausschüsse hierzu werden in der nächsten Versammlung im Februar gebildet. Um die Beteiligung an Bundesfest in Prag vom 2. bis 6. Juli zu ermöglichen, sollen Spartenarten eingeführt werden. Anträge: „Die Kreis- und Bezirksbeiträge der Spielabteilung übermitteln der Verein“ wird angenommen. Der Antrag vom 1. September 1926 betr. Nichtbeteiligung an politischen Kundgebungen und Demonstrationen wurde zurückgezogen. Einheitsfisch Bund, Kreis und Gruppe sollen die Beiträge für Turner 10 Pf. pro Monat, für Turnerinnen 40 Pf. für Jugendliche 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf. betragen; wird angenommen. In seinem Vortrag über Sport u. Politik vertrat der Spielgenosse Köhlig den Anwesenden den Rat, was wir Sportler auch Politik treiben müssen. Wir müssen die Harmonie zwischen Körper und Geist herstellen, denn jede Einseitigkeit führt zur Verblödung, wie sie drohlich zum Beispiel bei Rademacher im Gesicht in Erscheinung tritt. Dieser kennt weiter nichts als Training und Höchstleistung. Wir dagegen wollen uns körperlich und geistig bilden, um vollkommene und freie Menschen zu werden und nicht nur Sportkanonen zu werden. Auch treiben wir nicht Sport um der „schönen Linie“ willen oder um schöne Körper für den imperialistischen Krieg als Kanonenfutter zu liefern, wie die Bürgerlichen mit ihrer Erziehung zum Nationalstolz und Fremdenhass. Wir treten ein für Menschenverbrüderung und für den Kampf gegen die imperialistischen Kriege. Kampf der Kirche, dem raffinierten Verbammungsinstinkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die mit ihrem Trotz auf das bessere Geistes der Seele der Arbeiter vergißt und sie zum Klassenkampf abhält. Sport als Mittel zum Zweck und dieser Zweck ist Befreiung der Arbeiterklasse. Genosse Weigelt ging eingehend auf die Ausführenden ein und ergänzte dieselben durch treffende Beispiele, erwähnte den schlechten Besuch bei unseren Rädern, wo hingegen die Kirche bei ihren Märchen (Christ Geburt) einen Massenbesuch aufzuweisen hatte. Er wendete sich gegen die Parole „Nie wieder Krieg“ und zeigte auf, weshalb ein Massenbewusster Proletarier nur eintreten kann für die Lösung „Krieg dem Kriege“. Er wies auf die gerade jetzt wieder bestehenden Kriegsgesahren hin und forderte die Anwesenden zur härtesten Wachsamkeit auf. Er brachte es noch einmal, daß man endlich die Einsicht gewonnen hat, daß auch der Sportler Politik treiben muß. Kenneplan: Der enge Vorstand bleibt derselbe. Berndt und Lehmann Schriftführer, Guhr und Winkler Kassierer, Weber Zeugwart, Geißler und Lehmann Jahrentwärt, Förster zweiter Turnwart, Blatter Spielführer. Unter Allgemeinen sind der Vorherrschaft des Normalen auf die Abmeldungen ein und kritisierte scharf das Verhalten vom Turngenossen Emil Hoffmann. Der Verein hat denselben immer in Bezug von Worten unerschrocken, im letzten Jahre wurden für über 457 Mark Waren von ihm bezogen. Die Verammlung wurde mit dem ersten Vers des Stammbuches geschlossen.

TurnspB, 3. Gruppe, 10. Turnbezirk. Dienstag, 25. Jan., abends 8 Uhr Gruppenversammlung im Sportheim Seiffenwerder. Erscheinung jedes Vereins ist Pflicht, andernfalls Bestrafung nach Bezirksvorschriften.

TurnspB, Bezirksspielmannschaft, 9. Bezirk, Flauenischer Grund und Freiberg. Dienstag, 25. Jan., 7.30 Uhr in Gebaners Restaurant Techniker-Sitzung. Instrumente mitbringen.

Sport- und Kulturartell Jischawitz. Generalversammlung am 28. Januar Punkt 7 Uhr im Sportheim. Anträge und laut Satzung 3 Tage vorher einzubringen. Es ist unbedingt erforderlich, daß die alten und neuen Vertreter anwesend sind, ungeachtet der Vereinsvorschriften. Tagesordnung: 1. Statutenänderung, 2. Berichte, 3. Neuwahlen, 4. Veranstaltung 1927, Kasse etc.

Veitshausen-Vereinigung Groß-Dresden. 21. Januar Beginn des Aufnahmefestivals für Sportwart und Helfer, 7 Uhr Halle 17, Volkshaus, Waldschloßstraße. Vereinspostwarze 20. Januar Generalversammlung, 7. Volkshaus.

Veitshausen. Generalversammlung der Sportzweigen und Sportler des 2. Turnbezirks am 29. Januar im Dresdner Volkshaus, 7 Uhr. T-D: 1. Berichte, 2. Anträge und Satzungsberatung, 3. Wahlen, 4. Veranstaltung, 5. Vortrag des Bundespräsidenten G. Benedix über das Thema: „Meister und Sieger“.

Winterport 2. Bezirk. In der Winterportler-Vollversammlung am 20. Januar 1927 ergaben die Neuwahlen folgendes Resultat: 1. Sportwart Albinus (Strieken), 2. Trepte (Strieken), Sportauswärt: Kallias (Pöblich), Seipelt (Kriedrichsdorf), Schmidt (Schwimmer Ost), Radmit (Schwimmer West), Starke, Kump (Strieken).

Naturfreunde, Ortsgruppe Jischawitz. 25. Januar Frühbesuch und Bildausführung im Sportheim Jischawitz, 7 Uhr. — 26. Januar Vortrag: Aus meiner Heimat, der Wolga (2. Teil). Ref.: Genosse Ritter.

Volkshaus Pirna
Freitag, den 28. Januar 1927, Punkt 8 Uhr, in den Tannensälen 1. Pflichtveranstaltung
Gastspiel des mitteldeutschen Theaters
Bahnmeister Tod
Drama von Bodoff
Eintritt für Mitglieder gegen Vorlegung der ordnungsgemäß bescheinigten Mitgliedskarte frei, für Nichtmitglieder 2,00 Mark. Mitglieder, die ihre Vorstellungen in den Zähllokalen noch nicht erworben haben, werden ersucht, diese zu erwerben (Preis 1,25 M.).
Zählstellen: Baegs, Marktgrasse, Volkshaus, Pirna; Schlechte, Conitz; Kozanoverstein, Copitz.
Neuangekündigte werden noch entgegenzunehmen in der Volkshausleitung Pirna und in der Geschäftsstelle Conitz. So. u. 7. II

Naturfreunde, Dresden. 25. Jan. Hausverwaltung Sitzung in der Geschäftsstelle. Jugendabteilung Vortrag: Sternbilder 27. Jan. Altkad. Bildabteilung Vortrag: Höhe Tatra und ungarisches Ergebirge. Johannstadt Vortrag: Aus der Tiroler Bauernbibel. Strieken. Bildabteilung Vortrag: Wanderung in der Eifel. Pöblich. Fragebogen und Gekleidete. Cotta. Vortrag: Die Höhlen unserer Heimat. Reuthe. Bildabteilung Vortrag: Wanderschaft mit den Weigertchen bis zur Elbe. Pöblich. Vortrag: Der Rhein und seine Städte. — 28. Jan. Photoaktion. Generalversammlung in der Geschäftsstelle. Winterport 1. Bezirk zur Laute. — Samariterabteilung. 28. Jan. Generalversammlung. — Hainsberg. 27. Jan. Generalversammlung. — Pöblich. 28. Jan. Mitgliederversammlung. — Pöblich. 28. Jan. Bern-Sitzung und Jubiläumssitzung. — Briesnik. 27. Jan. Vortrag: Das winterliche Ergebirge mit Lichtbildern.

Arbeitermandatisten. „Freier Jupiter“ Nr. 1 ist eingetroffen und sofort beim Genossen Großer, Dresden-R., Hans Sachs-Str. 36, in der Zeit von 5 bis 6,30 Uhr abends abzurufen. **Niedererwitz Ebersbach.** Mittwoch, 26. Jan., Hauptversammlung im Bahnhofsgebäude. Anfang 8 Uhr. **Arb.-Sam.-Kolonne, Gruppe Witterlee-Coschitz.** Am 25. Jan. abends 7,30 Uhr im Turnhallenzimmer der Schule Leubus abends. Übung ist Dienst! **Arb.-Sam.-Kolonne Freital u. Umg.** Montag, 24. Jan. abends 7,30 Uhr in der Geschäftsstelle Technische Ausbildung. **Geneverbeitungskasse der Gem. prof. Freidender, Bezirk Groß-Dresden.** Dienstag, 25. Jan., 7,30 Uhr Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von den Berliner Verhandlungen und Beschlußfassung.

Berammungs-kalender

- Kommunistische Partei**
Montag, den 24. Januar:
Pirna. 6,30 Uhr Funktionärversammlung in der Stadtverordnetenstation im Volkshaus.
Dienstag, den 25. Januar:
Straßener Straße. 7,30 Uhr Versammlung bei Föhler, Traubener Straße 19.
Mittwoch, den 26. Januar:
Südwest. Beginn des Aufnahmefestivals 7,30 Uhr. Alle Jungs und Jungfrauen müssen ihre Mitgliedskarte auf diesen Ausweis aufmerksamer machen, damit die Beteiligung eine gute wird.
Kommunistischer Jugendverband
Dienstag, den 25. Januar:
BZ O. J. H. H. Heute keine BZ. Besondere Einladung erfolgt noch.
Strieken. Alle gewerkschaftlichen Organisationen gehen in den JGG, abends im Volkshaus-Ost.
Groß-Dresden. Mitgliederversammlung 7,30 Uhr Parteibureau. JGG Gruppenleiter müssen vertreten sein.
Mittwoch, den 26. Januar:
Strieken. 7,30 Uhr Gruppenabend im Stadt. H. H. Thema: Christentum und Sozialismus. Ref. Gen. Wagner. Er. idelent alle, bringt Gäste mit.

Arbeiter Frontkämpferbund
Abteilung 1. Die für Dienstag, den 25. Januar, angelegte Funktionärversammlung findet nicht statt.

Abteilung Neubadt-Weiß. Rechnungsabend der Schmalmeißler 7,30 Uhr im Bürgerhof, Bürgerstraße.

Note Jungfront
Dienstag, den 25. Januar:
Groß-Dresden. 7,30 Uhr Abteilungsleiterbesprechung im Gönzbad. Jahresberichtsprotokolle, Tätigkeitsbericht und Arbeitspläne mitbringen!

Note Hilfe
Montag, den 24. Januar:
Dresden-Zentrum. 7,30 Uhr Funktionärversammlung in der Jakobshöhe.

Dienstag, den 25. Januar:
Dresden-Zentrum. 7,30 Uhr abends Theaterprobe in Hindelers Restaurant, Theaterstraße 6.

Achtung! Kolportiere und Zeitungsoblene!

In der Woche vom 24. bis 30. Januar finden in allen Unterbezirken wieder Kolportierkonferenzen statt. Die Konferenzen haben diesmal den Zweck, die von der Partei leitete Werbekampagne für die Arbeiterstimme zu unterstützen. Die Konferenzen finden statt:

- 118 Dresden: Montag, den 24. Januar, abends 7 Uhr Stadt Braunschweig, Jakobsgasse.
- 118 Meichen: Dienstag, den 25. Januar, abends 7,30 Uhr Restaurant Stadt Wandenburg, Röhmannstraße.
- 118 Freiberg: Dienstag, den 25. Januar, abends 7 Uhr Restaurant Lokomotive.
- 118 Freital: Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr im Döhlener Hof.
- 118 Pirna: Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr Volkshaus.
- 118 Baugern: Freitag, den 28. Januar, abends 7 Uhr Schul-Weidlicher Graben.
- 118 Bismarckwerde: Sonnabend, den 29. Januar, abends 6,30 Uhr Reuere Restaurant, Altmühl.
- 118 Zittau und Ebersbach: Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9,30 Uhr in der Volkshaus in Zittau, Köhmische Straße.

Keinlozes Erscheinen erwartet. Der Verlag.

Theater am Wasaplatz
Montag, den 24. bis mit Sonnabend, den 29. Januar, täglich 8 Uhr abends:
Veronika
Ein Jahresrückblick in 4 Akten von Hans Müller
Drehbuch: Gustav Nobis
Sonnabend, den 30. Januar, nachm. 4 Uhr:
Schneewittchen u. die 7 Zwerge
Abends 8 Uhr:
Veronika
Montag, den 31. Januar, 8 Uhr abends:
Veronika

Tymians Täglich
Das Thalia- 8 Uhr
einziges Theater
wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntag gültig

Prot., Weib- und Feindbaderer
Max Wagner
Kreuzberger Platz 13

Rumbo
Auch nach dem Feste
beruht bei der Hausfrau noch Festkostimmung, denn sie ist von den Lasten des Wochentages durch Rumbo-Überalles befreit. Kein übermäßiges Reiben, kein stundenlanges Kochen, sondern nur die Wäsche in der fast aufgelassenen Leuge einweichen, über Nacht stehen lassen und am nächsten Morgen 1/2 Stunde kochen. Mittelmäßige Wäsche ist das Resultat. Waschen Sie deshalb heute noch einen Versuch mit Rumbo-Überalles. Sie werden Freude daran haben. (Ursprünglich in allen einschlägigen Geschäften. Preis 45 Pf.)
Rumbo-Seifen-Werke / Freital i. Sa.
Verfertiger der beliebten Rumbo-Seife.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V. Berlin
(Mitglied der Internationale prof. Freidenker)
An nachfolgenden Tagen finden öffentliche Vorträge mit Lichtbildern statt über das Thema:
Was geschieht nach unserem Tode?
Am Montag, den 24. Januar 1927, abends 8 Uhr, in Oibersdorf, „Taubmanns-Saal“
Am Dienstag, den 25. Januar 1927, abends 8 Uhr, in Ostritz, „Stadt Dresden“
Am Mittwoch, den 26. Januar 1927, abends 8 Uhr, in Niederoderwitz, „Deutsches Haus“
Am Donnerstag, den 27. Januar 1927, abends 8 Uhr, in Bertsdorf, „Gasthof zum Strauß“
Am Freitag, den 28. Januar 1927, abends 8 Uhr, in Jonsdorf, „Zur Dammschänke“
Am Sonnabend, den 29. Januar 1927, abends 8 Uhr, in Zittau, „Zum schwarzen Adler“

SLUB
Wir führen Wissen.

Zur Konsolidierung der Partei

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Die am 13./14. Januar abgehaltene Konferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter nahm neben der Herabsetzung der politischen Aufgaben auch zur Lage in der Partei Stellung. In allen Fragen wurde eine fast vollständige Einstimmigkeit erzielt. Die Resultate der Parteiarbeit seit Erscheinen des ersten Briefes zeigen sich in der Zurückdrängung des Ultra-links-Quadranten, des „umgestülpten Menschewismus“ hin zur Einheitsfront. Dies bedingte zwar die Abkehrung der ideologischen Nepräsentanten und einer Anzahl Führer nicht richtiger, aber gleichzeitig war dieser Prozess verbunden mit der Gewinnung der übergroßen Mehrheit der hinter diesen führenden stehenden revolutionären Arbeiter, für die Linie der Partei. Doch diese Aufgabe ohne Spaltung und ohne Verlust der Einheit der Partei auf die Massen gelöst werden konnte, ist vor allem das Verdienst der Kräfte, die sich aus der alten Partei entwickelten, und die in dieser großen Umstellung die Führung übernahmen.

Hand in Hand mit dieser innerparteilichen Entwicklung ging die Herabsetzung der Politik der Partei gegenüber den breiten Arbeitermassen, insbesondere gegenüber den SPD- und US-Parteilern. Die Einheitsfrontpolitik wurde unter Berücksichtigung aller bisher gewonnenen Erfahrungen und unter Vermeidung der früher gemachten Fehler angewandt. In verhältnismäßig kurzer Zeit hat die Partei ihren Rückschritt aufgehoben, ihren Stillstand überwunden, die ersten wichtigen Ergebnisse erzielt und den Weg für neue und größere Fortschritte gebahnt.

Wenn auch ein gewisser Abschluß dieser Entwicklung erzielt wurde, so ist doch offensichtlich, daß dieser Prozeß noch nicht beendet ist; weder sind die „linken“ Stimmungen und Verspannungen vollständig überwunden, noch ist — wie die Partei es selbst häufig behauptet hat — unsere Politik klar und eindeutig entwickelt, noch ist sie völlig frei von Abweichungen aller Art.

Die Partei hat eine Stufe erreicht, auf der die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft die Überzeugung hat, daß jetzt die Zeit der offenen Briefe eingetretene Konsolidierung der Partei weiter gefördert werden kann und muß. In welcher Richtung und wie die Konsolidierung vor sich gehen? Aus dem inneren Kampf gegen die ultralinken Gruppierungen und Tendenzen, aus ihrem parteifeindlichen Charakter ergibt sich die Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes gegen diese Abweichungen und der weiteren Überzeugung derjenigen Kräfte, die heute noch nicht die Linie der Partei verstehen. Diese Aufgabe werden auch später in der Partei Differenzen sein. Bei der Arbeit der Partei, ihrer revolutionären Bestimmung, der Arbeit der Aufgaben ist jedoch die endgültige Vernichtung aller Fraktionen ein Lebensnotwendigkeit.

Reine Konzeptionen an diese Gruppierungen und Tendenzen, aber auch keine Konzeptionen an die Parteiführer und die falsche, bisher nicht widerstandsfähige und politische Auffassung der Genossen Brandler und Thalheimer und ihrer Anhänger, sondern energischer Kampf gegen jeden Versuch, diese Auffassungen in der Partei erneut lebendig zu machen. Aus dieser Abgrenzung ergibt sich die einzig richtige Forderung, nämlich, Konsolidierung der Partei auf Grund der Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive. Dies bedeutet auch die Konzentration aller der Kräfte, die — unabhängig ihrer früheren Stellungnahme — bereit sind, auf dem Boden der von der Partei eingeschlagenen Linie mitzuarbeiten und ihre Vorurteile, unter anderen Verhältnissen entstandenen und ihre Bindungen aufzugeben. Die Partei stellt sich jetzt die Aufgabe, die Verdrängung und das vollständige Ausschließen dieser Kräfte innerhalb der Partei herbeizuführen. Die Partei arbeitet sehr bemüht an der vollkommenen Vereinheitlichung der gesamten Partei für die Lösung der vor uns stehenden gewaltigen Aufgaben. Die Vorbereitung der Führung, die Vorbereitung der Führerarbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, um ihre Arbeit zu verstärken, ihren Einfluß auf die Massen zu vergrößern, die noch vorhandenen Reibungen vorzutreiben im Sinne des Leninismus zu überwinden.

Die von uns veröffentlichte Erklärung des Genossen Ernst Thälmer erleichtert diesen Weg. In der bisherigen Zusammenfassung haben sich zwischen dem Zentralkomitee und dem Genossen Thälmer wenig Differenzen ergeben. Jetzt gilt es, aus der Zusammenfassung eine feste Einheit mit allen zu schaffen, die auf dem Boden der Politik der Kommunisten in der Partei und mit der Partei arbeiten wollen. Die Partei wird verstanden, alle Genossen für die bolschewistische Linie der Zusammenarbeit zu gewinnen. Damit wird die Verantwortung für die Politik der Partei auf breitere Schultern gelegt. Es wird ein Druck vollzogen mit der alten, heute überholten und schädlichen Gruppen-Kemistiken. Die Kritik an Schwächen und Mängeln der Partei wird nicht vom Gruppenstandpunkt aus getrieben, sondern sie wird als Selbstkritik von dem Gefühl gemeinsamer Verantwortung getragen sein. Aus der bisherigen Entwicklung der Partei ergibt sich die Notwendigkeit, gemeinsame gegen alle opportunistischen Abweichungen, mögen sie als „links“ oder „rechts“ auftreten, zu kämpfen. Auf Grund der Erklärung des Genossen Thälmer wurde die weitere engere Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee vereinbart.

Die Partei steht vor ihrem 11. Parteitag. Sie wird ihn vorbereiten in gemeinsamer Arbeit mit allen Genossen, die auf dem Boden der Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive stehen. Sie wird an der Bildung einer einheitlichen breiten, vom Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Partei getragenen Leitung arbeiten. Sie wird daran gehen, in gemeinsamer Arbeit die noch vorhandenen Mängel und Schwächen mit größter Energie zu überwinden. Für die Arbeit in den Bezirken heißt dies: die noch vorhandenen Reibungen zu überwinden. Für die Arbeit in den Bezirken heißt dies: die noch vorhandenen Reibungen zu überwinden und eine Atmosphäre des Vertrauens in gemeinsamer Massenarbeit zu schaffen unter Führung und Aufsicht der leninistischen Politik der Partei. Alle der Zusammenarbeit entgegenstehenden Tendenzen müssen schnell und entschieden überwunden werden.

Die fraktionelle Zerstückelung unserer Partei hatte ihre Ursache in den ungeheuren Schwierigkeiten der deutschen Revolution. War die Zerstückelung das Resultat von jahrelangen Kämpfen, so ist die fortschreitende Konsolidierung der Partei jetzt der Ausdruck des großen Umschichtungsprozesses innerhalb der Arbeiterklasse. Die gegenwärtige Konsolidierung der Partei ist die Vorbereitung des Kampfes auf höherer

Stufe gegen alle, die Arbeiterklasse verlegenden bürgerlichen und sozialdemokratischen Ideologien. Wir wissen, der reformistische Einfluß auf die Arbeiterklasse besteht noch, kann sich sogar in der Periode der relativen Stabilisierung zeitweise verstärken und damit die Gefahren des Opportunismus für unsere Partei erhöhen. Aber je besser die Politik der Partei sein wird, je mehr die Partei den Interessen der Arbeiterklasse und den Erfordernissen der Situation entsprechen wird, desto geringer werden die Schwankungen in unseren Reihen sein.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu dem Beschluß des Zentralkomitees in der Frage der Genossen Brandler und Thalheimer. Gerade um die Partei im gegenwärtigen Moment nicht neuen Schwankungen auszuliefern, hat das Zentralkomitee beschlossen, die Mitarbeit der Genossen Brandler und Thalheimer innerhalb der deutschen Partei gegenwärtig auf die literarische Mitarbeit zu beschränken. Diese Genossen haben ihre falsche Auffassung nicht widerlegen können. In verschiedenen Organisationen unserer Partei erheben sich infolge dieser Tatsache sogar Bedenken gegen die Aufnahme der disziplinarischen Maßnahmen durch die Exekutive. Die Genossen, die diesen Einpruch erheben, gehen natürlich von einer falschen Voraussetzung aus. Die disziplinarischen Maßnahmen gegen die Genossen Brandler und Thalheimer — Verbot jeder Arbeit in der Kommintern und in der SPD — wurden nicht wegen ihrer politischen Anschauung, sondern wegen fraktioneller Betätigung im Jahre 1924/25 ausgesprochen. Mit dem Ausgehen dieser Tätigkeit wurden die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen zwangsläufig hinfällig.

Die Partei geht jetzt bei der Vorbereitung des 11. Parteitages an die noch härtere Vereinheitlichung der Politik und der Arbeit der Partei und der zentralen

Leitung; an die Hebung der Autorität derselben durch das Vertrauen und die Arbeit aller Mitglieder. Die Demokratie innerhalb der Partei ist dabei ein Mittel zu ihrer Stärkung. Innerhalb der Partei ist dabei ein Mittel zu ihrer Stärkung, zur Auslese der besten Kräfte für die verantwortlichen Funktionen, für die Förderung der Initiative der Mitglieder und die Herausarbeitung einer richtigen Politik auf allen Gebieten. Initiative der Mitglieder aber heißt gleichzeitig das Aufheben aller jener Bindungen, die heute nur hemmend wirken.

Die Partei ist sich klar darüber, daß die Schaffung einer einheitlichen Auffassung über die Parteibewertung eine Notwendigkeit ist. Sie weiß, daß es heute weder eine Rückkehr zu der Politik von 1923, noch zu der von 1924/25 geben darf; wohl aber eine Auswertung aller Erfahrungen, die auch in diesen Jahren gemacht worden sind. Die Partei wird mehr als bisher die revolutionären Traditionen jedes Zeitalters ihrer Entwicklung herausarbeiten. Sie wird in der Vorbereitung des 11. Parteitages den Schwerpunkt auf die gegenwärtigen Aufgaben legen. Hier bestehen die wichtigsten Differenzen. In dieser gemeinsamen Arbeit wird sich auch die Herausarbeitung einer gemeinsamen Auffassung der übergroßen Mehrheit der Partei über die Parteibewertung ergeben. In diesem Geiste schlägt die Partei die Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive ein. In diesem Geiste wird sie an die Vorbereitung des 11. Parteitages herangehen und alle Kräfte zusammenschließen, die auf dieser Linie arbeiten wollen.

Die Partei aber alles! Ohne eine feste, einheitliche Partei gibt es keinen Sieg über den Feind! In diesem Geiste werden wir auch, und besonders in der Zeit der relativen Stabilisierung, die Basis der Revolution vorbereiten und so die Grundlage für den zukünftigen Sieg schaffen.

Zur innerparteilichen Lage der KPD.

Resolution der 7. Erweiterten Exekutive

1. Der äußerst rücksichtslose Fraktionskampf der ultralinken Führer hat die KPD, gestützt, im Laufe des letzten Jahres einen großen Teil ihrer Aufmerksamkeit und Kraft auf die Verteidigung der Parteieinheit und der richtigen leninistischen Parteilinie gegen diese ultralinken Angriffe zu konzentrieren. In diesem innerparteilichen Kampf hat die deutsche Partei, unter Führung des jetzigen ZK, bereits mehrere Erfolge von entscheidender Bedeutung erzielt, u. a. folgende: a) Die von den parteifeindlichen Fraktionen ersuchte Spaltung der Partei wurde verhindert, so daß nunmehr selbst der Gedanke der Bildung einer neuen ultralinken Partei als vollkommen hinfällig erscheint. b) Die schlimmsten Desorganisationsfaktoren, wie Kay, Korsch, Schwarz, Ruth Fischer, Maslow, Scholem usw., die unter der Maske linker Protesten nur die KPD zu zerlegen suchten und eine direkt antikomunistische Hege trieben, sind politisch entlarvt und haben nach ihrem Ausscheiden aus der Partei das Vertrauen aller kommunistischen Arbeiter verloren. c) Die erdrückende Mehrheit der Parteimitglieder ist von der Richtigkeit der Linie des ZK und der Exekutive vollständig überzeugt worden. Viele ehemals revolutionäre linke Arbeiter, die früher den Forderungen der ultralinken Führer Vertrauen schenkten, sind nunmehr fest für die Partei und Kommintern geworden.

Im Laufe der innerparteilichen Auseinandersetzung wurde in der gesamten Mitgliedschaft bis in die untersten Organisationen, bis in die letzten Betriebszellen hinein eine große Aufklärungskampagne geführt, wobei sowohl die Probleme der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion als auch die Grundfragen der deutschen Revolution und die Hauptaufgaben der KPD in der gegenwärtigen Etappe klarer und schärfer gestellt wurden als jemals in einer vorhergehenden Diskussion in der KPD.

2. Somit hat die KPD, den schwierigsten Teil ihrer Aufgabe, der Überwindung der ultralinken Opposition, bereits durchgeführt. Ueber das endgültige Resultat kann kein Zweifel bestehen. Es ist bereits jetzt allen klar, daß die ultralinken Opposition innerhalb der KPD, in nächster Zeit restlos liquidiert sein wird. Gegenwärtig aber bestehen noch trotz der Schwäche und Zersplitterung der ultralinken Opposition bei einer, wenn auch geringen, Anzahl von Arbeitermitgliedern ultralinken Stimmungen und falsche Auffassungen. Obwohl diese Arbeiter kein Vertrauen zu den ausgeschlossenen Fraktionsführern haben und in keinem Falle mit der Partei brechen wollen, haben sie noch nicht den vollständigen Bruch mit einigen schwärzenden Oppositionsgruppierungen vollzogen. Der Hauptfehler dieser Genossen besteht in der unrichtigen Beurteilung, als seien die von Weber, Ritter und anderen vertretenen Fraktionsplattformen im Wesen etwas prinzipiell anderes und Besseres als die Plattformen von Maslow, Ruth Fischer oder Korsch.

3. Die Gruppen Weber und Ritter, die sich untereinander nur durch das taktische Verhältnis zu der Gruppe Maslow-Ruth Fischer und durch Meinungsähnlichkeiten in neben-sächlichen Einzelheiten unterscheiden, vertreten im Grunde sächlichen Einigkeit, unkomunistischen Standpunkt. Die einen prinzipiell falschen, unkomunistischen Standpunkt. Die Führer der Webbinger Opposition treiben in den wichtigsten grundsätzlichen Fragen eine fraktionelle Agitation, die sich dem wesentlichen Inhalt nach sehr wenig von der antikomunistischen Agitation der ausgeschlossenen Parteifeinde unterscheidet. So verbreiten sie die bekannten Lügen von einer „Entartung“ der proletarischen Diktatur in Folge von einer „Voderung“ zugunsten der Sowjetunion und von ihrer „Voderung“ zugunsten der Autokratie und Kap-Männer. Sie verbreiten die Verleumdung, daß die Kommintern Liquidatorische Politik führe und den endgültigen Zweck, sie sogar die internationale Revolution vorantreiben sei. Sie beschimpfen den politischen Kurs der KPD, als habe sie die Führung der KPD, wolle die Partei mit der Sozialdemokratie verschmelzen usw. Es ist klar, daß die Führer der Opposition selbst diesen Verleumdungen keinen Glauben schenken können. So unwillig sind sie nicht. Sie wurden aber im letzten Sommer und Herbst einerseits durch das rücksichtslose fraktionelle Auftreten der russischen Opposition und andererseits durch die streupförmigen antikomunistischen Vorlesungen solcher parteifeindlichen Elemente wie Korsch, Schwarz, Ruth Fischer

und Maslow zu der Auffassung verleitet, daß jetzt im Fraktionskampf gegen die Leitung der eigenen Partei und der Kommintern alle Verleumdungen erlaubt und alle Waffen gut sind. Und wenn auch die Gruppen Weber und Ritter nicht die Parole der zweiten Revolution in Russland herausgeben, so sind die Voraussetzungen für diese Schlußfolgerung auch in ihren Manifesten gegeben.

4. Selbstverständlich ist die „Webbinger Opposition“ dennoch in mancher Hinsicht etwas anderes als die Gruppen Ruth Fischer, Maslow, Korsch und Schwarz. Die Letzgenannten wurden zu einfachen Parteifeinden und Renegaten, die die kommunistische Partei bewußt desorganisierten wollen. Die „Webbinger Opposition“ hat den Namen der Parteiführer anerkannt und wenigstens in der Regel ein Mindestmaß der Parteidisziplin gewahrt. Und der wichtigste Unterschied besteht darin, daß es unter den Anhängern der „Webbinger Opposition“ eine ganze Anzahl ehrlich revolutionärer (wenn auch auf irrtümlichem Wege befindlicher) Arbeiter gibt, die niemals die Partei verlassen oder schädigen wollen und die kleinste Vertrauen zu Korsch, Maslow, Ruth Fischer usw. haben. Es wäre unrichtig, diesen Unterschied zu übersehen. Gerade infolge dieses Unterschiedes muß das Verhältnis der Partei zur Webbinger Opposition ein anderes sein als zu den Parteifeinden und Renegaten. Die Partei hat die Aufgabe, in erster Linie alles anzubieten, um die Anhänger der Webbinger Gruppen von der Falschheit ihrer Position zu überzeugen. In kameradschaftlichen Auseinandersetzungen, die im Rahmen der Statuten verlaufen müssen, wird die KPD, die Arbeiterelemente dieser Gruppen für den leninistischen Standpunkt gewinnen.

5. Gleichzeitig aber sind alle Genossen der Webbinger Opposition verpflichtet, sich in allem Ernst klar zu machen, daß eine Fortsetzung ihres Fraktionskampfes objektiv nur eine schädliche Auswirkung für die kommunistische Bewegung haben kann, weil alle Parteifeinde von den Bürgerlichen und den rechten Sozialdemokraten an bis zu den ausgeschlossenen ultralinken Führern die fraktionelle Agitation der Webbinger ausnützen, um die KPD, mit ihren Schwächen zu treffen; genau so wie die sozialdemokratischen Führer überall die trocknenden Behauptungen der russischen Opposition (die auch von den Webbinger Gruppen verbreitet werden) als „Argumente“ zugunsten ihrer sowjetfeindlichen und antikomunistischen Hege benutzen. Ultralinken „Solidaritätsaktionen“ für den Trotzismus können niemand als den Feinden Sowjetrußlands und der Kommintern Nutzen bringen. Ultralinken Fraktionsführer haben (wider den Willen ihrer Urheber) ultrarechte Auswirkung. Vor allem der Kampf der kommunistischen Partei zur Eroberung und Revolutionierung der breiten Massen des Proletariats wird durch eine fortwährende ultralinken Opposition gehindert und beeinträchtigt.

6. Darum ist die erste kommunistische Pflicht der Webbinger Opposition, ihre Fraktionsarbeit einzustellen und sich loyal in die einheitliche Kampffront der KPD, einzuschließen, ohne die Geschlossenheit der kämpfenden Reihen der Partei, ohne eine feste revolutionäre Disziplin in der Linie über unsere Klassenfeinde nicht möglich.

Die Führer der Webbinger Opposition sind verpflichtet, ein für allemal jegliche Beziehungen mit den aus der Partei ausgeschlossenen parteifeindlichen Elementen abzubrechen. Sie sollen offen bekämpfen die liquidatorische Auffassung der ausgeschlossenen Renegaten, die die KPD, nicht als eine einheitliche bolschewistische Partei, sondern als ein formloses Sammelbündel aller möglichen Gruppen und Fraktionen darstellen, was den sozialdemokratischen Ansichten über das Wesen der Partei entspricht. Wenn die Führer der Webbinger Opposition den Bruch mit diesen ausgeschlossenen Desorganisationskräften nicht vollziehen und sich den Beschlüssen der KPD, und der Kommintern nicht fügen wollen, nehmen sie die volle Verantwortung für die Konsequenzen auf sich.

Die leitenden Organe der KPD, haben die Aufgabe, durch kameradschaftliche Aufklärungsarbeit allen Anhängern dieser Gruppen zu zeigen, daß keine wirkliche Linie, keine Zwischenposition zwischen der Kommintern und den Feinden der Kommintern, sondern nur eine endgültige Wahl, eine klare Entscheidung zwischen beiden Lagern möglich ist.

7. Die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg dieser Ar-

Oppositionelle Betriebsräte!

Morgen abend 7 Uhr im „Brandenburger Hof“, Berliner, Ecke Peterstraße
Erscheinen Pflicht!
Thema: Der Kampf um den 8-Stunden-Tag und die Betriebsräte!
Erscheinen Pflicht!
Vollversammlung!

Beitrag zur wirklichen Konsolidierung und Stärkung der SPD...

Die SPD hat in der letzten Zeit drei große Massen-

Ungedacht der Störung und Diskontinuität der Partei-

Die Partei muß diese Arbeit zur Eroderung und Revolution-

8. Die zweite unumgängliche Voraussetzung des Erfolges

9. Der kommende 11. Parteitag muß im Zeichen der

10. Die gegenwärtige Weltlage wurde einer genauen, lenin-

Resolution

zum Bericht über die 7. Erweiterte Exekutive

Angenommen mit über 200 gegen 4 Stimmen auf der

Die Hauptergebnisse der 7. Tagung der Erweiterten Exekutive

1. Die gegenwärtige Weltlage wurde einer genauen, lenin-

2. Eine Reihe der wichtigsten prinzipiellen Fragen der

3. Die 7. Erweiterte Exekutive stellte die neuen Aufgaben

4. Die 7. Erweiterte Exekutive wies den fraktionellen Bar-

5. Bei der Behandlung der deutschen Frage stellte die

8. Die 7. Erweiterte Exekutive beschloß sich ausführ-

Der bevorstehende 11. Parteitag muß die dauernde Kon-

Die Sekretär- und Redaktionskommission der SPD stimmt

Erklärung des Genossen Meyer

Genosse Meyer erklärt öffentlich:

1. Er nimmt die Beschlüsse der 7. Erweiterten Exekutive

2. Zudem er auf dem Boden der Beschlüsse der 7. Er-

Lenin-Stiebnecht-Burenburg-Feier

am Sonnabend, den 28. Januar im Großhof Raig abends 7,30 Uhr unter Mitwirkung der

Churchills Kriegserede in Rom

Churchill, der englische Finanzminister, hat in Rom einen

„Wenn ich Italiener gewesen wäre, so hätte ich früher von

Nach dieser klaren und völlig unabweislichen Unterstreich-

„Indessen möchte ich einige Worte über die außenpolitische

Und Churchill unterstreicht sofort die Ziele der englischen Außen-

„Die Politik der englischen Regierung in Europa, wie sie

Es gibt nach dieser Rede wohl keinen Zweifel, daß die Sache der

8. Er unterordnet sich bedingungslos und vorbehaltlos der

4. Genosse Meyer ist verpflichtet, zusammen mit dem 3A,

5. Genosse Meyer wird kein Aufreten sowohl vor dem

Moskau, den 24. Dezember 1926.

Beschluß des Zentralkomitees

Nach Kenntnisnahme des Beschlusses der 7. Erweiterten

1. Das Politbüro stimmt dem Beschluß der 7. Erweiterten

2. Die Aufhebung der §§ 2 und 4 des Statuts der ent-

3. Die 7. Erweiterte Exekutive wiederholt die Beurteilung

4. Angesichts dieser Tatsachen ist die Rückkehr der Genossen

Berlin, den 7. Januar 1927.

Aus Ostpreußen

Die Sowjetpropagandakampagne der Sozialdemokraten in

Aus Ostpreußen

Prodwig. Nachdem das alte Gemeindeparslament zu Grabe

